

Der alte und der neue Kalte Krieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg (1947/48 – 1991) wurde die Systemkonkurrenz zwischen dem von den USA geführten kapitalistischen „Westen“ und dem von der Sowjetunion geführten sozialistischen „Osten“ (zunächst unter Einschluss der VR China) im sog. Kalten Krieg ausgetragen. Die Hochrüstung mit atomaren Waffensystemen sollte – durch wechselseitige Abschreckung (aber auch durch den Wettlauf um neue überlegene Waffensysteme) – den globalen Atomkrieg (und die Vernichtung der Menschheit) verhindern. Unter dieser Glocke vollzog sich ein ökonomischer, technologischer, vor allem aber auch ideologischer Krieg, der auch die Funktion hatte, die inneren Herrschaftsverhältnisse in den jeweiligen Systemen zu stabilisieren. Das Freund-Feind-Denken war (immer auch als Folge des zur Staatsdoktrin erhobenen Antikommunismus) im Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten verankert und wurde durch Repression gegenüber Kritik von innen – im Osten gegen sog. „Dissidenten“, im Westen vor allem gegen sozialistische und kommunistische Kräfte gerichtet – verstärkt. Im Westen galt der Satz: „Lieber tot als rot!“.

Die Politik der Konfrontation geriet immer wieder an die Schwelle zur militärischen Explosion (Suez 1956, Berlinkrise 1961, Kubakrise 1962). Der offene Krieg zwischen den Systemen mit unzähligen Toten und Opfern wurde freilich in dieser Periode im „Süden“ des Globus – in der sog. Dritten Welt – ausgetragen, wo der Systemkonflikt durch die Kämpfe ge-

gen den Kolonialismus überdeterminiert war. Den antikolonialen Krieg verlor der Westen – aber im Kalten Krieg siegte er 1991. Die USA und ihre Verbündeten im Westen waren der Sowjetunion und ihren Verbündeten im Osten stets im Hinblick auf die ökonomische Entwicklung, den Stand der Produktivkraftentwicklung sowie die materiellen Lebensbedingungen auch der Arbeiterklassen überlegen.

Der neue Kalte Krieg folgt einer anderen Logik. Diese wird durch den Kampf um die Verteilung und Neuverteilung der wirtschaftlichen und politischen Macht im Weltmaßstab nach dem Ende der Systemkonkurrenz und durch die Folgen und Widersprüche des globalen Finanzmarktkapitalismus bestimmt, der seit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts seinen Siegeszug angetreten hatte. In der ersten Phase bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts beanspruchten die USA die Rolle des „Weltgendarmen“ im globalen „American Empire“. Der rasante Aufstieg der VR China (aber auch anderer ostasiatischer Staaten) seit 1978 sollte durch die Integration des Landes in den kapitalistischen Weltmarkt, die Mitgliedschaft in den internationalen Organisationen (vor allem IWF und Weltbank) und durch die schließliche Aufweichung der Herrschaft der kommunistischen Partei in das American Empire eingefügt werden. Militärisch musste China vor der Jahrhundertwende noch als „Zwerg“ erscheinen. Russland blieb als Atommacht bedeutsam. Aufgrund der inneren sozialökonomischen Probleme und der Krisenfolgen der Auflösung der Sowjetunion (Kriege an den Rändern) und der Transformation der Wirtschaft zum Kapitalismus sollte

Russland als Konkurrent auf der Bühne der globalen Machtpolitik geschwächt bleiben. Für die EU – unter deutscher Führung – war aufgrund ihrer militärischen Schwäche und der inneren Konflikte ein Platz als Vasall der US-Führung vorgesehen.

Diese Strategie des Westens ist gescheitert. Die USA mussten nicht nur in Afghanistan und im Nahen Osten Niederlagen hinnehmen. Der Hegemon wird auch durch innere Widersprüche geschwächt. Die Präsidentschaft von Trump stand im Zeichen des Niedergangs („Make America Great Again“) und war mit der Abwertung der Bündnisorganisationen des Westens verbunden. Sie reflektierte die tiefe Krise und Spaltung der amerikanischen Gesellschaft. Sie eröffnete einen Prozess der Zerstörung der Demokratie und des „American Dream“, der sich im Sturm auf das Capitol am 6. Januar 2021 – aber auch in einer massiven Tendenz zum Faschismus – manifestiert. Nach wie vor sind die USA allerdings die bei weitem stärkste militärische Macht in der Welt. Die US-amerikanischen Konzerne im Bereich des digitalen Kapitalismus sind weltweit führend und in den USA befindet sich nach wie das Zentrum des „Dollar-Wall-Street-Regimes“.

Zur gleichen Zeit setzte sich der Aufstieg Chinas fort. Die kommunistische Partei hat ihre Führungsposition gestärkt. Das Land hat militärisch aufgeholt und verfügt über finanziellen Reserven, um – vor allem im Süden – eine Entwicklungs- und Außenpolitik zu verfolgen, die dem Land Sympathisanten und Bündnispartner auf Regierungsebene zuträgt. In dem Maße freilich, wie sich der politische Druck

aus dem Westen erhöht hat, haben sich Russland und China (auch der Iran) enger zusammengeschlossen und neue Bündnisssysteme geschaffen. In der UNO und anderen Organisationen arbeiten sie eng zusammen. Russland ist gegenüber China wirtschaftlich stark zurückgefallen und muss sich mit der Herausforderung auseinandersetzen, dass – vor allem in den (ehemals zur Sowjetunion gehörenden) Randstaaten (im Westen wie im Osten) – instabile Verhältnisse und Diktaturen herrschen und im Westen die NATO immer näher an die Grenzen Russland herangerückt ist. NATO-Truppen mit deutscher Beteiligung führen Manöver an der russischen Grenze durch.¹ Extrem rechte Regime in Osteuropa beschwören die Gefahren einer militärischer Intervention von Russland in der Ukraine, um auf diese Weise vor allem die USA militärisch stärker in Osteuropa zu binden. Gleichzeitig hat Russland im Nahen Osten und in Nordafrika Einfluss gewonnen.

Unter dem demokratischen Präsidenten Joe Biden hat ein Strategiewechsel stattgefunden. Das Ziel ist gleich geblieben: die „Aufrechterhaltung einer dem Liberalismus (ökonomisch und politisch, F.D.) zuträglichen Weltordnung“, die nur von den USA als der „einzigen Macht gewährleistet wer-

¹ Man stelle sich vor: russische / chinesische und kubanische Truppen üben zusammen mit Truppen aus Mexiko an der texanischen Grenze der USA. In der Kuba-Krise blockierten US-Kriegsschiffe sowjetische Schiffe, die Waffen nach Kuba transportierten. Der amerikanische Präsident hatte vorher erklärt, dass ein Durchbrechen der Blockade die Eröffnung eines Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion bedeuten würde.

den“ kann.² Neu ist die Erkenntnis, dass die USA ihre Führungsposition nur dann festigen bzw. wieder herstellen können, wenn sie die Bündnisbeziehungen vor allem mit den europäischen Bündnispartnern in der NATO (aber auch im pazifischen Raum – von Japan bis Australien) erneuern und wenn es ihnen gelingt, den Prozess der Machtexpansion von China (in geringerem Maße auch von Russland) im internationalen System zu stoppen und zurückzudrängen. Das wiederum erfordert die Bereitschaft, auf das Drohpotenzial von Sanktionen und militärischer Abschreckung zu setzen. Diese muss sich gerade dort beweisen, wo Russland und China in Konflikten an ihren Rändern (Taiwan / Ukraine) involviert sind. Die liberalen Bündnispartner der USA in Europa wie im pazifischen Raum fürchten sich vor dem Niedergang der USA und des Westens und sie wissen um den Zerfall der inneren sozialen Kohäsion in den entwickelten kapitalistischen Staaten des Westens im Gefolge der nicht enden wollenden Krisen seit dem Big Crash von 2008 ff.

Die Corona-Krise seit 2020 hat solche Befürchtungen noch einmal bestärkt. Nunmehr wird die Konfrontation mehr und mehr als Systemkonfrontation zwischen westlicher Demokratie und östlichem Autoritarismus insze-

niert. Vor allem, die Leitmedien sind seit einiger Zeit dazu übergegangen, die Gefahren der Expansion und der militärischen Bedrohung aus dem Osten, und den repressiven und totalitären Charakter der Regime im Osten in den Mittelpunkt einer stets anschwellenden Propaganda zu rücken, die natürlich – wie in den Zeiten des alten Kalten Krieges – das Ziel verfolgt, die ideologische Hegemonie des westlichen Liberalismus (kapitalistische Marktwirtschaft plus repräsentative parlamentarische Demokratie im Namen der Menschenrechte) zu verteidigen und dabei die Herrschaft der sich zum Liberalismus bekennenden Machteliten im Inneren zu festigen.

Die Zeiten haben sich allerdings geändert. Die Ausstrahlung des neoliberalen Kapitalismusmodells, aber auch des politischen Systems, das sich am Vorbild USA orientiert, hat sich deutlich vermindert. Die Krise der Menschenrechte, des Parlamentarismus und des Wohlstandsmodells der USA ist offenkundig. Ein Sprecher der KP Chinas hat jüngst bei einem Schlag-austausch zwischen hochrangigen Politikern beider Länder auf diesen Tatbestand hingewiesen. Dazu kommt, dass im Westen – aufgrund der wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtungen mit China und Russland – starke Gruppen aus Wirtschaft und Politik vor einer Zuspitzung der Konflikte ebenso wie vor einem ideologischen Anheizen eines neuen Systemkonfliktes warnen. Diese Differenz macht allerdings die Politik des niedergehenden American Empire umso gefährlicher!

Für die Linke sollte angesichts dieser Konflikte und Konstellationen klar sein, welche Bedeutung die Stärkung

² Robert Kagan: Zur Supermacht verdammt. Warum die Führungsrolle der USA unerlässlich ist, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2021, S. 63 – 75, hier S. 75. Robert Kagan hatte 2003 für die Rolle der USA als Weltgendarm (in Afghanistan, Irak) geworben und sich über die Pazifisten in Europa lustig gemacht (Paradise and Power. America and Europe in the New World Order, London 2003).

der Friedensbewegung im eigenen Lande hat. Es geht dabei nicht allein um die Unterstützung von politischen Kräften, die um die friedliche Lösung der internationalen Konflikte sowie um Entspannung und Abrüstung bemüht sind. Gleichzeitig muss sie in die ideologische Auseinandersetzung mit denjenigen Kräften eintreten, die im Namen der Demokratie und der Menschenrechte insbesondere das Regime in China als Feind definieren wollen. Auch für die Linke entstehen dabei neue und schwierige Fragen. Es wäre überaus naiv, die globalen Machtkonflikte nach dem Muster des alten Kalten Krieges (Kapitalismus gegen Sozialismus) zu denken. Dabei müssen auch Fragen nach dem Charakter der gesellschaftlichen und politischen Systeme in Russland und in China (die natürlich sehr unterschiedlich sind) geklärt oder zumindest angesprochen werden.

Frank Deppe

Kriegshysterie und geopolitische Strategien im post-sowjetischen Raum

Westliche Regierungen und Medien schüren eine Kriegshysterie. Mal heißt es, Russland erwäge einen Angriff auf die Ukraine. Dann lassen britische Geheimdienstkreise vermelden, Russland plane einen Putsch im Nachbarland. Schlüssige Begründungen für die russischen Aggressionspläne werden aber nicht gegeben. Eine ähnliche Kriegshysterie wurde zuletzt vor dem Irak-Krieg verbreitet. Damals wurden die Angriffsgründe – angeblicher Besitz von Massenver-

nichtungswaffen – herbeiphantasiert.

Länder wie Russland, China – und damals im Kleinen auch der Irak – stören westliche, vor allem US-amerikanische Vorstellungen einer unipolaren, durch die USA dominierten Weltordnung. Bei Kampagnen der Polarisierung gegen missliebige Mächte geht es auch um die Disziplinierung westlicher Länder, die gute Beziehungen mit Herausforderern der westlichen Länder anstreben. Im aktuellen Fall des Schürens einer anti-russischen Kriegshysterie könnte es nicht zuletzt um diesen Aspekt gehen. Denn die (vorerst noch) verbale Eskalation des Konflikts fällt mit der Fertigstellung der Gaspipeline Nord Stream 2 zusammen. Sie würde Deutschland (und mittelbar andere EU-Länder) direkt an das russische Pipeline-Netz und neu erschlossene Gasfelder anbinden, ohne dass ein Transit durch die Ukraine oder Belarus notwendig wäre. Der US-Regierung, die mehr Flüssiggaslieferungen aus den USA den Vorzug geben würde, ist das Vorhaben schon lange ein Dorn im Auge und sie hat die Fertigstellung mit allen Kräften behindert. In der aktuellen Polarisierung werden aber auch die sowjetischen Nachfolgestaaten durch die westlichen Länder vor die Alternative der Wahl zwischen dem Westen (NATO bzw. EU) und Russland gestellt. Eine eher neutrale Position mit guten Beziehungen nach beiden Seiten ist in diesem Schema zumindest für die europäischen post-sowjetischen Staaten nicht mehr vorgesehen. Dies schwächt auch deren innere Kohäsion, gibt es doch oft – gerade auch in der Ukraine – substanzielle russischsprachige Minderheiten. Aber nicht nur

die westliche, sondern auch die russische Politik hat Anteil an dieser Polarisierung, da sie sich mit der Eigenständigkeit der post-sowjetischen Staaten schwertut.

Nach dem Ende des Staatssozialismus und der Systemkonkurrenz standen die Zeichen nicht sofort in Richtung auf eine derartige Konfrontation. Bereits während der Perestrojka wurde von der Vision eines gemeinsamen Hauses Europa gesprochen – und das schloss die Sowjetunion/Russland ein. Westeuropäische Länder, wie Deutschland, Italien oder Österreich, die bereits recht enge Wirtschaftsbeziehungen, vor allem im Energiesektor, mit der Sowjetunion aufgebaut hatten, sahen neue Möglichkeiten in der Kooperation mit Russland. Nicht nur die Jelzin-Regierung, sondern anfänglich auch die Regierung Vladimir Putins war an einem kooperativen Verhältnis mit westlichen Ländern gelegen. Mit der ökonomischen und politischen Konsolidierung Russlands ab den späten 1990er Jahren pochte die russische Regierung allerdings auf das Prinzip der Gleichberechtigung. Im Vorfeld des Irak-Kriegs fanden sich 2003 die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Russlands auf der Seite der Kriegsgegner wieder, die sich den Angriffsplänen der US-geführten Kriegsallianz mit gutem Grund politisch entgegenstellten.

Für die USA und ihre engsten Verbündeten überschritten Deutschland und Frankreich damit eine rote Linie. Allzu enge Beziehungen zwischen westeuropäischen Ländern und Russland waren aus US-Sicht nicht erwünscht. Die USA forcierten eine stärkere Polarisierung im post-sowjetischen Raum. Sie unterstützten als „pro-westlich“ etiket-

tierte Kräfte in post-sowjetischen Ländern. Soziale Proteste gegen die schlechte sozio-ökonomische Lage, oligarchische Strukturen und z.T. auch die außenpolitische Orientierung ermöglichte pro-westlichen Kräften 2003 in Georgien und 2004 in der Ukraine die Regierung zu übernehmen. Sie änderten die außenpolitische Orientierung, aber nicht die oligarchischen Verhältnisse. Im August 2008 provozierte die „pro-westliche“ georgische Regierung einen ersten militärischen Konflikt mit Russland. Im Frühjahr desselben Jahres widersetzten sich Deutschland und Frankreich einem Membership Action Plan der NATO für die Ukraine und Georgien, vermochten aber die Osterweiterung der NATO nicht vom Tisch zu bringen. Dies war die letzte klare Positionierung westeuropäischer Länder gegen einen politisch-militärischen Drang nach Osten und für die Schaffung eines kooperativen Verhältnisses mit Russland.

Die nächsten Schritte einer Ausdehnung der westlichen Einfluss-Sphäre gingen von der EU aus. Im Rahmen der östlichen Partnerschaftspolitik trug sie europäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion Assoziationsabkommen an, welche diese vor die Wahl zwischen einer engeren Anbindung an die EU und Russland stellten. Die Ukraine verlor darüber die äußere (und innere) Balance. Die als „pro-russisch“ etikettierte Regierung Janukovyč stimmte dem Abkommen zunächst zu, vermutlich weil das im Interesse von mit Janukovyč verbundenen Oligarchen lag. Nachdem Russland Druck ausgeübt hatte und für die ukrainische Wirtschaft wenig vorteilhafte Folgen des Abkommens sichtbar wurden, revidierte Janukovyč kurz vor der vorgese-

henen Unterzeichnung des Vertrages seine Position. Es folgten Massenproteste und im Februar 2014 der Sturz der Regierung. Die neue Regierung nahm eine Westwende vor – und verabschiedete fast sofort ein gegen die russisch-sprachige Minderheit gerichtetes Sprachengesetz. Reaktionen Russlands, aber auch von Kräften im Inneren der Ukraine erfolgten rasch. Paramilitärische Kräfte besetzten die Krim, wo sich eine russische Marinebasis befand. In einem hastig anberaumten Referendum wurde über den Anschluss an Russland abgestimmt, der dann auch erfolgte. Im Donbass spalteten separatistische Kräfte, die von Russland aus Unterstützung erhielten, eine der wichtigsten Industrieregionen der Ukraine ab und formierten zwei – international nicht anerkannte – Quasistaaten.

Die Reaktion der westlichen Länder bestand in der Verabschiedung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Deutschland und Frankreich entwickelten allerdings zumindest ein Dialogformat und Schritte zu einer politischen Lösung im Donbass mit Russland und der Ukraine. Dort konnte der militärische Konflikt zumindest stark eingeehrt werden. Akkordierte Schritte zu einer politischen Lösung werden von der ukrainischen Regierung allerdings blockiert. Sie legte einen Entwurf für ein Reintegrationsgesetz vor, das in Teilen ihren Verpflichtungen aus dem Minsker Abkommen widerspricht.

In der Ukraine und in Russland haben die Konflikte zu inneren Verhärtungen und verschärftem Nationalismus geführt. Speziell an der Waffenstillstandslinie zwischen den Quasi-Staaten im Donbass und dem Rest der

Ukraine ist die Lage sehr angespannt. Es kommt immer wieder zu kleineren Waffenstillstandsverletzungen. In einer derart angespannten Situation können diese leicht ein Flächenbrand auslösen. Auch eine bewusste militärische Provokation der innenpolitisch unter einem starken Popularitätsverlust leidenden ukrainischen Regierung ist nicht auszuschließen. Einen Präzedenzfall für ein solches Vorgehen gab es 2008 in Georgien. Georgiens damaliger Präsident Micheil Sakašvili zahlte damals einen hohen politischen Preis. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskyj fordert zwar internationale Waffenlieferungen, suchte Ende Januar 2022 aber gleichzeitig die Bevölkerung zu beruhigen, was gegen eine forcierte militärische Provokation spricht. Bereits die beständige Beschwörung einer Kriegsgefahr durch westliche Länder löste in der Ukraine eine Abwertung des ukrainischen Hryvnja und Panikverkäufe aus. Mit den beruhigenden Worten ging es Zelenskyj auch darum, die ukrainischen BürgerInnen von Kontenabhebungen und Panikkäufen in den Geschäften abzuhalten. Für die ökonomisch ohnehin geschwächte Ukraine hat bereits die verbale Konflikteskalation negative wirtschaftliche Konsequenzen. Aber auch der russische Rubel geriet unter Druck, die russische Ökonomie ist insgesamt aber stabiler.

Es ist notwendig aus der Eskalationslogik, die von westlichen Ländern stark angefacht worden ist, herauszukommen. Rüstungskontrollverhandlungen, wie sie derzeit zwischen den USA und Russland im Gespräch sind, wären hierfür ein wichtiger Schritt. Für eine Entspannung in der Region wäre auch ein Ende der Osterweiterung der

NATO nötig. Hierfür sollten sich europäische NATO-Länder einsetzen – auch gegen die USA. Ein außenpolitisch neutraler Status könnte manche post-sowjetischen Staaten auch im Inneren konsolidieren. Bei den Verhandlungen über eine politische Lösung der Donbass-Frage und eine reale Reintegration des Donbass in den ukrainischen Staat sind Deutschland und Frankreich zentral involviert und sollten auf Fortschritte entsprechend des Minsker Abkommens – gerade auch in Kiew – dringen. In der EU sollte auch die Sanktionsspirale gegen Russland gestoppt werden – und es sollten Schritte zu einem konstruktiveren Verhältnis unternommen werden. Angesichts der akuten Spannungen sind unmittelbar Entspannungsschritte in der Region dringlich. Bislang gibt es aber nur wenige gewichtige Stimmen in den NATO- und EU-Ländern, die auf einen Bruch mit der Eskalationspolitik dringen. Mobilisierungen der Friedensbewegung gibt es im Moment (noch?) nicht.

Joachim Becker

Putins „drôle de guerre“ – worum geht es in der Ukrainekrise?

Nimmt man das Szenario früherer Kriegsausbrüche als Vergleichsebene, dann fallen an den Spannungen um die Ukraine in diesem Winter einige Merkwürdigkeiten auf. Wo gibt es denn das, dass der angeblich unmittelbar in seiner Existenz bedrohte Staat die Situation fast so gelassen kommentiert wie das zum „Aggressor“ gestempelte Russland? Dessen Außenminister

Sergej Lawrow erklärt, wenn es von Russland abhängt, werde es keinen Krieg geben. Und der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskyj sagt im Einklang mit seinen obersten Militärs und Geheimdienstlern, von einer akuten Bedrohung durch einen russischen Einmarsch könne keine Rede sein. Die schrillsten Töne kommen aus großer Entfernung: Washington und London.

Zweifellos hat Russland entlang der Grenze zur Ukraine einiges an Soldaten und Material aufmarschieren lassen. Aber es hat das in einer Weise getan, die widersinnig scheint, wenn man unterstellt, es handle sich um die Vorbereitung eines Angriffskrieges: ohne größere Tarnung, Panzer und Haubitzen ordentlich geparkt wie Autos vor einem Einkaufszentrum, förmlich zum Mitzählen für die Satellitenauswertung des Gegners. Und dort stehen sie seit nun mindestens drei Monaten herum, inzwischen ist Schnee auf die schweren Waffen gefallen; und obwohl westliche Geheimdienste gerade die Frostperiode als den idealen Zeitpunkt für einen Angriff ausgemacht haben, passiert militärisch gar nichts. Vielleicht war also der Zweck auch ein ganz anderer?

Hätte Wladimir Putin vorgehabt, die Ukraine zu überfallen, hätte er all diese Monate nicht verstreichen lassen dürfen – und sei es nur deshalb, weil die Ukraine dann die mehreren tausend Panzerabwehrraketen, die sie inzwischen aus Großbritannien bekommen hat, noch nicht zur Verfügung gehabt hätte. Denn vom Standpunkt tatsächlicher Kriegführung ist Zeitverlust mit dem Verlust des Überraschungsmoments und tendenziell mit dem der Initiative verbunden.

Wenige militärische Analysten im Westen bestreiten, dass Russland die Ukraine – oder wenigstens ihre Osthälfte – relativ schnell besetzen könnte. Nur: ein solcher Sieg würde an dem Problem, das die Ukraine nach russischer Lesart für Moskau darstellt, nichts Wesentliches ändern. Putin hat die von einer „von der NATO territorial angeeigneten“ Ukraine ausgehende Bedrohung mit den kurzen Flugzeiten von eventuell dort stationierten NATO-Angriffswaffen begründet. Sie schrumpften bei einer Stationierung im Nordosten des Landes auf unter zehn Minuten, so Putin vor Weihnachten in seiner Jahrespressekonferenz. Nur: auch wenn Russland den Osten und Süden der Ukraine unter seine militärische Kontrolle brächte, würden solche Waffen dann halt bei Lwiw oder Shitomir stationiert, und die Flugzeiten wären ein paar Minuten länger. Ob dies das Risiko einer beschleunigten NATO-Aufnahme der Ukraine und die praktische Gewissheit eines Beitritts von Schweden und Finnland zur westlichen Militärallianz wert wäre, haben nüchterne Analytiker im Westen stets bezweifelt. Zumal, und dies ist das zweite immanent militärische Argument gegen die Vermutung einer russischen Angriffsabsicht: ein Land zu erobern reicht ja nicht. Man muss es anschließend auch kontrollieren. Dafür, so schreiben Leute, die es wissen müssen, brauche man etwa dreimal so viele Soldaten wie für eine Eroberung. Je weiter nach Westen, desto nationalistischer und antirussischer ist die ukrainische Bevölkerung eingestellt. Russland hätte nach einem solchen Angriff große Teile seiner Landstreitkräfte mit Besatzungsaufgaben gebunden. Könnte es, nach immanenter militärischer

Logik betrachtet, hieran Interesse haben?

Eben. Dagegen gibt es natürlich Kreise, die an einem solchen Fall durchaus interessiert wären: die westlichen Gegner Russlands. Insbesondere die USA und Großbritannien, die weit vom potentiellen Schuss entfernt liegen und als große bzw. kleinere Inseln alle Möglichkeiten haben, sich eventuelle Flüchtlingsströme aus der Ukraine vom Leibe zu halten. Es zeichnet sich das Szenario einer Stellvertreter-Eskalation ab. Schon im Herbst 2013, vor dem Kiewer Maidan und dem anschließende Regimewechsel, hatte die US-Analysesite „Stratfor“ geschrieben, angesichts wachsender Aktivität Russlands im Nahen Osten zur Störung der dortigen westlichen Regimewechselkriege könnte es „reizvoll“ sein, Russland „vor seiner Haustüre Probleme zu bereiten“. Der Rest ist Geschichte, und diese Geschichte zeigt, wie eine nationalistische Minderheit mit massiver ausländischer Unterstützung einen Regimewechsel inszenieren konnte.

Sie ist allerdings eine Minderheit geblieben. Gegenüber dem angesehenen „Internationalen Institut für Soziologie“ in Kiew erklärten im Januar nur etwa 30 Prozent der befragten Ukrainer*innen, sie würden das Land mit der Waffe in der Hand verteidigen. Ungefähr ebenso viele kündigten an, im Fall eines russischen Einmarsches „gar nichts zu tun“, der Rest verteilte sich auf die Optionen „weiß nicht“ und „das Land verlassen“. Das heißt, die ukrainische Gesellschaft ist vermutlich bei weitem nicht so einig antirussisch, wie es die politische Führung des Landes gern sähe. Auch ihre Warnungen vor „Panikstimmung“ sprechen für diese Vermutung.

Was also bezweckt Russland mit dem Aufmarsch, wenn es wohl nicht der Angriff ist? Vermutlich will es dem Westen drohen, dass es angreifen könnte und – dies die Kehrseite der Stellvertreterkriegslogik der USA – der Westen dies nicht werde verhindern können, genau weil die Ukraine für ihn der Schauplatz eines Stellvertreterkonflikts ist, also keine eigenen Leben wert. Dieses Szenario wäre der politische GAU für das Selbstbild die dauerexpansive NATO und ihre Führungsmacht USA: dass sie ihre Ver-

sprechungen letztlich doch nicht einhielten. Russlands Forderungen sind das implizite Angebot an den Westen: erspart euch diese Blamage, indem ihr über unsere Forderungen verhandelt. Das haben USA und NATO schon abgelehnt. Wenn sie es sich nicht noch anders überlegen. So wie Russland, das seine harsche „Dann gibt es nichts mehr zu reden“-Rhetorik vom Dezember inzwischen auch etwas gemildert hat. Die Hoffnung, sagt ein russisches Sprichwort, stirbt als letztes.

Reinhard Lauterbach